Seite 19

e lassen

offe
39⁰⁰

Seiden
110⁰⁰

iden
74⁰⁰

iden
39⁰⁰

chent
19⁵⁰

rbeitslohn

ihre Filialen

chuhe nicht
nd. —
Pilo Extra
eleganten

Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, [illegible] & Comp., Nr. 1208. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kompareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 225 | Dresden, Montag den 26. September 1921 | 32. Jahrg.

Görlitzer Ergebnisse

I. Die Koalitionsresolution

Wer dem Görlitzer Parteitag beigewohnt hat, der wird [illegible] können, daß der äußere Verlauf der Debatten [illegible] und bewegt war. Und doch ist hier eine Resolution [illegible] unserm Standpunkt zur Regierungskoalition gefaßt worden, [illegible] die Parteien rechts und links von uns in Bewegung ge[illegible] hat wie selten ein Parteibeschluß. Alles andere trat [illegible] zurück: die Frauentagung, der Bericht der Reichstags[illegible], die Besprechung der auswärtigen Politik, ja selbst [illegible] das neue Parteiprogramm.

Die Koalitionsresolution an sich brauchte innerhalb der Partei eigentlich keine Aufregung zu verursachen. Der Kasseler Beschluß war in seiner starren Art nicht aufrechtzuerhalten. [illegible] wurde gefaßt zu einer Zeit, da die Sozialdemokratie glaubte, [illegible] absehbare Zeit mit einer Mehrheit von Sozialdemokratie, [illegible] und Zentrum rechnen zu können. Die Wahl[illegible] der letzten Jahre stellten uns jedoch im Reich [illegible] in Einzelstaaten mehrfach vor die Frage, entweder die [illegible]gewalt aus den Händen zu geben oder die Koalition [illegible] rechts zu verbreitern. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, die nicht grundsätzlich auf dem Boden der Republik steht, machte der Kasseler Beschluß in jedem Falle unmöglich.

Die Genossen, die ein Zusammenarbeiten von Sozialdemokraten und Volksparteilern in der Regierung für möglich halten, glauben, daß sich seit Kassel an der Sachlage außer[illegible] geändert hat. Gewiß ist das Werden der deutschen Parteien noch im Fluß. Die U. S. P. hat sich von links her [illegible] zu Verteidigern der republikanischen Grundlage entwickelt, während von rechts her ein Flügel der Deutschen Volkspartei zur unbedingten Anerkennung und Sicherung der Republik drängt. Als infolge dieses Prozesses im Mai dieses Jahres [illegible] preußischen Genossen sich bereiterklärten, mit Volks[illegible] in eine Regierung zu gehen, sofern sie sich für die [illegible] und die Demokratie in bestimmter Weise ver[illegible], erwies sich dieser Flügel zu schwach. Die Volks[illegible] blieben bei ihrem verwaschenen parteioffiziösen [illegible]punkt, der sich weder entschieden für die Monarchie, [illegible] für die Republik ausspricht, und unsre preußischen Genossen lehnten mit Recht ab, sich mit diesen unsicheren Kantonisten in eine Regierung zu setzen. Aber das Beispiel für den Görlitzer Beschluß war da. Denn er wiederholt die Koalitionsbedingungen vom Mai und befagt, daß wir mit [illegible] solchen Parteien in einer Regierung zusammenarbeiten [illegible], mit denen eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung der Verteidigung der Republik;
Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Reich, Staat und Gemeinden;
Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane;
Sicherung des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung;
eine Politik der Völkerverständigung;
loyale Ausführung des Friedensdiktats in den Grenzen unsrer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Leistungen, in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Besitzes.

Im übrigen soll es dem Parteivorstand überlassen bleiben, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung zu entscheiden.

Sieht man von dem kautschukartigen Schlußsatz ab, so ist gegen die hier aufgestellten Richtlinien unsrer Koalitionspolitik nichts zu sagen: alles hängt von der Anwendung des Beschlusses ab. Wenn er trotzdem eine Reihe [illegible] verursachen mußte, wenn sich auf dem Parteitag wie in der Parteipresse eine lebhafte Opposition daran [illegible], so liegt das an der die Debatte einleitenden Begründung durch das Parteivorstandsmitglied Franz Krüger. Seine [illegible] gerade glückliche Rede mußte wie eine Einladung an die Volkspartei gedeutet werden. Folge: die Debatte drehte sich um die Volkspartei. Was sagte Hermann Müller? Die Politik sei keine Wissenschaft, sondern eine Kunst. Unsre Politik [illegible] ist sie beides. Die Parteivorstandspolitik in [illegible] allerdings war weder das eine noch das andere! Noch [illegible] der Massentritt der gewaltigen republikanischen Septembert[illegible] kaum verhallt, noch ist in aller Ohren die [illegible] Kampfansage, die die Sozialdemokratie in den letzten [illegible] an die offenen wie die verkappten Feinde der Republik und Demokratie richtete, da kommt ein sozialdemokratischer Parteitag, auf dem die Leitung der größten Arbeiterpartei [illegible] monarchistisch durchseuchte Partei zur Regierungsbildung [illegible], statt die Macht und den Willen der republikanischen [illegible] gebührend in den Vordergrund zu rücken und zu [illegible], daß wir, auf diese Macht gestützt, nur in eine auf entschieden republikanisch-demokratischer Grundlage stehende Regierung eintreten können!

So [illegible] es nicht nur in Parteikreisen. Mag der Eindruck richtig oder falsch sein — er war die Folge der verfehlten Taktik, mit der die Resolution begründet und diskutiert wurde. 87 Delegierte stimmten dagegen — nahezu einstimmig hätte sie ihrem Wortlaut nach angenommen werden können, wenn die Delegierten auf dem Parteitag nicht mit der — [illegible] rechtsseitigen Begründung überrascht worden [illegible]. Erst als die Meinungsunterschiede in der unabhängigen [illegible] in der volksparteilichen Presse breiten Raum einnahmen, wurden Text und Melodie korrigiert und betont, daß diese [illegible] Richtlinien die Mindestforderungen bedeuten, die wir an jede Partei in der Regierung zu stellen haben und daß es für uns ein Zusammengehen mit der Volkspartei nicht gibt, solange sie diese Mindestforderungen nicht anerkennt. So Scheidemann in einer Görlitzer Volksversammlung, Wels im Schlußwort an den Parteitag, der Vorwärts in einer parteioffiziösen Auslassung und Franz Krüger in einem Leitartikel des Vorwärts. Es heißt in diesem Artikel:

Wir halten also an dem Arbeitsprogramm einer Regierung, an der wir uns gemeinsam mit andern Parteien beteiligen sollen, sachlich nicht geringere Forderungen als bisher. Der Görlitzer Beschluß vermeidet es auch, genau wie der Kasseler, irgendeine bestimmte Partei als für uns koalitionsfähig oder nicht koalitionsfähig zu bezeichnen. [illegible] bleibt die Deutsche Volkspartei bei ihrer bisherigen Politik, bleibt sie bei ihrer bisherigen Stellungnahme zur Republik, verzichtet sie nicht auf monarchistische Propaganda, ist sie nicht bereit, an der weitestgehenden Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Reiches und der Länder mitzuarbeiten, ist sie nicht bereit, die Demokratisierung der Verwaltung zu unterstützen, so kann es wie bisher auch in Zukunft keine Koalition mit ihr geben.

Wir können aber [illegible] nicht verschließen vor der Tatsache, daß in der letzten Zeit eine Reihe von Führern der Deutschen Volkspartei öffentlich dafür eingetreten sind, daß die Deutsche Volkspartei von ihrem [illegible] Wege abweichen und daß sie den Kampf gegen die Republik aufgeben müsse. Ob sich diese neuen politischen Tendenzen in der Deutschen Volkspartei so durchsetzen werden, daß sie auf die Gesamtpolitik dieser Partei einen maßgebenden Einfluß ausüben, müssen wir abwarten.

[illegible] andern Seite. Die Unabhängige Partei ist erst in allerletzter Zeit und auch nicht ohne Vorbehalt zu einer Verteidigung der Republik bereit gewesen, und wenn sie jetzt den Kampf für den Schutz der Republik mit uns gemeinsam aufgenommen hat, so hat sie bisher noch keineswegs ihre grundsätzliche Stellungnahme für die Diktatur des Proletariats und für das Rätesystem, wie es in ihrem Leipziger Aktionsprogramm festgelegt ist, aufgegeben. Es wäre aber [illegible] von uns, wenn wir lediglich wegen dieser papiernen Festlegung ein Zusammengehen und Zusammenregieren mit den Unabhängigen ablehnen wollten, wenn [illegible] praktische Politik der Wirklichkeit [illegible]. Der Görlitzer Beschluß bedeutet daher in erster Linie auch eine Aufforderung an die Unabhängigen zu einer solchen Politik und er bedeutet weiter, daß wir auch mit den Kommunisten eine Kampf[illegible] oder Regierungskoalition eingehen können, wenn sie sich verpflichten, [illegible] diese [illegible] ab[illegible]weichenden Anschauungen zurückzustellen und an der Durchführung unseres Mindestprogramms ehrlich mitzuarbeiten.

Wir haben also nicht umgelernt und werden nicht umlernen. Der Görlitzer Beschluß ist [illegible] die konsequente Fortsetzung der bisher nach dem Kasseler Parteitag befolgten Politik. Mit größerer Schärfe als bisher ist nur diesmal hervorgehoben worden, daß wir Politik nicht nach den [illegible] einer Partei bestehenden Stimmungen, sondern nur auf Grund der realpolitischen Tatsachen machen können. [illegible] Parteien das Wort, mit denen wir bisher in einer Koalition zusammen arbeiten konnten, teils weil [illegible], teils weil uns es [illegible] lehnten. Mögen Unabhängige Sozialdemokraten und Deutsche Volksparteiler [illegible], daß sie [illegible] sind, die bisherige Bahn ihrer Politik zu verlassen und rückhaltlos auf den Boden unsers Görlitzer Mindestprogramms zu treten.

Genosse Krüger irrt, wenn er glaubt, daß dies alles von den Vertretern der Resolution mit der nötigen unmißverständlichen Schärfe ausgesprochen worden sei. Das Echo auf volksparteilicher Seite war jedenfalls von Mißverständnissen ebensowenig frei wie das in der U. S. P., worüber im nächsten Artikel einiges zu sagen ist.

Scheidemann-Stresemann oder Breitscheid-Wirth?

Der preußische Ministerpräsident Stegerwald hat ein Wort gesprochen, das die innenpolitische Situation kennzeichnet. Er schreibt in seiner Zeitung Der Deutsche:

[illegible]

Dazu äußert Genosse Kuttner, Mitglied des preußischen Landtags, in der Soz. Korr.:

[illegible]

[illegible] Auftrag der Koalitionsresolution durch Krüger, Scheidemann, [illegible] und fordert mit [illegible] den Parteigenossen vor dem Parteitage die Möglichkeit [illegible] „taktische Ruhe" der Partei zu [illegible]. [illegible] der Artikel:

[illegible]

Wir möchten hinzufügen, daß eine große Zahl der Delegierten für die Resolution stimmte, weil sie die Möglichkeit der Koalition von Wirth bis Breitscheid nach wie vor offen läßt.

Niedergang des Welthandels

London, 26. September. In einer großen Rede in [illegible] der [illegible] Churchill nach der [illegible] die Frage, mit dem Niedergang des Welthandels, mit dem Bolschewismus und der Washingtoner Konferenz. Churchill sagte den Times zufolge, Kredit und Unternehmungen seien behindert. Ungeheure Schulden von Hunderten und Tausenden Millionen Pfund Sterling [illegible] gegenüber dem andern [illegible] geltend gemacht. Die Schulden und Entschädigungen übersteigen die Mittel und Methoden der Bezahlung bei weitem. Die Länder, an die die Bezahlung zu erfolgen habe, sollten nur in beschränktem Maße die ausländischen Waren, die infolge der Kriegsschulden [illegible] Waren [illegible], aufnehmen und in einem Jahre nur eine bestimmte [illegible] erhalten, weil sonst ihr eigenes [illegible] ernstlich in Mitleidenschaft gezogen und ihrer Arbeiterbevölkerung das Brot vom Munde weggenommen würde.

Churchill sagte, die großen Nationen der Welt böten augenblicklich ein merkwürdiges pathetisches Schauspiel. Amerika, England, Frankreich, Italien, alle hofften, riesige [illegible] von einander oder von Deutschland herauszubekommen. Die Kaufkraft der Schuldnernationen sei vollkommen erloschen. Die Gläubigernationen hätten infolge der Währungsverhältnisse große Schwierigkeiten, nach den Schuldnernationen auszuführen, da diese letzteren ihnen bereits mehr schulden, als sie bezahlen können. Die Schuldnernationen seien gezwungen, nach den Gläubigernationen [illegible] Waren auszuführen, weil ihre Leistungsfähigkeit bei weitem überschritten. Diese Gläubigernationen wollten diese Waren jedoch nicht [illegible] und [illegible] Industrie [illegible] werde der [illegible] internationale Handel [illegible] und jedem [illegible] Dadurch [illegible]. Die [illegible] von dem, was sie [illegible] erhofften. Ein [illegible] sei der [illegible] Deutschland und [illegible] Amerika. Die Staatsmänner aller [illegible] müßten [illegible] zusammenkommen, um sich diesem Problem des internationalen Handels zuzuwenden.

England sei von allen siegreichen Ländern in seiner [illegible] politik [illegible] gewesen. England habe versucht, [illegible] Deutschland eine Möglichkeit zu schaffen, seine [illegible] wieder aufzubauen, [illegible] und Englands [illegible] sei. [illegible] alle Schulden zu streichen, [illegible] vorausgesetzt, daß England von den [illegible] befreit werde, die es für seine Alliierten bei den [illegible] Staaten aufgenommen habe. Es würde zum Vorteil der Welt sein, wenn alle jene Verpflichtungen, die aus dem Kriege entstanden seien, [illegible] abgesetzt und in eine [illegible] würden. [illegible] notwendig sei die Wiederherstellung der internationalen Währung, das von den Kriegsverpflichtungen [illegible] würde und [illegible] während der Periode der Gesundung der Verkauf von Waren zwischen den Nationen auf eine natürliche und [illegible] Grundlage [illegible]. Eine Konferenz über die Schaffung [illegible] wertvoller und noch dringlicher sein, als die [illegible] in Washington.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210926/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG